

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Str. 60. — Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.  
Postfach-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung:

Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pfg., Reklame 1,80 Mk.

Nummer 51.

Berlin, den 17. Dezember 1911.

12. Jahrgang.

## Gedenket

### der ausgesperrten Tabakarbeiter!

Nun zeigt, was Liebe leisten kann,  
Nun zeigt, was Treue heißt,  
Die sich im Sturm und Drang der Zeit  
Umwandelbar erweist.  
In Not so viele — hört es doch —  
Die uns're Brüder sind,  
Viel Tausende von uns'rer Art,  
In Not mit Weib und Kind!

Bedenkt nicht lange, hier tut's not,  
Tragt Euer Scherlein bei.  
Die Liebe glöb, die Liebe nimmt,  
Ob's viel, ob's wenig sei.  
Denkt, ausgesperrt und arbeitslos  
In harter, teurer Zeit,  
Und unerschuldet, unverbient,  
Trotz steter Tätigkeit.

Wenn brennt da nicht im hellen Jorn  
Das Herz ob solcher Schmach? —  
Wer opfert da nicht froh und gern  
So viel er nur vermag? —  
Da wird die Hilfe uns zur Pflicht,  
Das Opfer zum Gebot!  
Draun spendet, sammelt, — aber bald,  
Denn Eile tut hier not!

F. W. im „Bergknappe“.

## Das Zentralschiedsgericht.

I.

Die diesmalige Tagung des Zentralschiedsgerichts war mit recht wichtigen und zum Teil auch sehr feigen Fragen besetzt. Die vorgesehene Tagungszeit von drei Tagen reichte darum nicht aus und mußte ein vierter hinzugenommen werden. Die Debatten nahmen zeitweise scharfe Formen an, die durch die Herren Unparteiischen wieder auf das richtige Maß und den zweckmäßigen Ausgleich zurückgeführt werden mußten. Die eingehende Behandlung der Streitfragen und die getroffenen Entscheidungen werden der Klärung des bestehenden Tarifverhältnisses und zur Verhütung ärgerlicher Vorkommnisse beitragen, vorausgesetzt, daß auf beiden Seiten der gute Wille dazu vorhanden ist.

Wann sind gemeinsame Arbeitseinstellungen unter dem Tarifvertrag zulässig? Nach dem Sinne des Musterartikels nicht, ehe die Einigungsinstanzen gesprochen haben. Das ist auch in früheren Entscheidungen des Zentralschiedsgerichts insoweit bekräftigt, als Vertragszusätze für München und den unteren Weiser- und Emsbezirk, wonach vor Beginn und während des Verfahrens Streiks, Aussperrungen oder ähnliche Maßnahmen unter keinen Umständen zulässig sind, für zulässig erklärt wurden. Als Nichtlinien kamen noch die Entscheidungen über die Handlungsfreiheit der Parteien in Betracht, die allerdings zunächst nur auf die sich zu Unrecht weigernden Parteien, einen Vertrag abzuschließen, zugeschnitten war, die aber naturgemäß auch auf Streikfälle, wo der eine Teil sich beharrlich weigert, einzelne Teile des Vertrages durchzuführen und erfolgte Entscheidungen der Schiedsinstanzen nicht anerkennt, Anwendung finden muß. Die Anregung zu einer neuen Entscheidung entstand auf Antrag des Arbeitgeberverbandes zu Bremen. Bei einer dortigen Firma forderten die Arbeiter an zwei Tunnelbauten den vertraglichen Bauhilfsarbeiterlohn. Die Firma erklärte die Arbeiter als nicht unter den Tarif fallend, da es Erdarbeiten seien. Auf diesen Bescheid wurde die Arbeit eingestellt, worauf der Arbeitgeberverband die Schiedsinstanzen anrief, die allerdings die betr. Arbeiten für Tiefbauarbeiten erklärten. Damit fielen sie nicht unter den Vertrag; natürlich hat dann jede der Parteien Freiheit. Die Bremer Arbeitgeber verlangen die Entscheidung dahin, daß, wer unter Nichtbeachtung des Schlichtungsverfahrens bzw. vor der für Eintritt der Handlungsfreiheit bestimmten Frist, Streiks, Aussperrungen oder dergleichen injiziert, Vertragsbruch begeht. Von Arbeiterseite wurde geltend gemacht, daß, wenn beide Parteien sich von vornherein darüber einig seien, daß eine Arbeit nicht unter den Vertrag falle, ohne Anrufung der Schlichtungsinstanzen Handlungsfreiheit gewährt sein müsse. Das Zentralschiedsgericht entschied, daß bei allen Meinungsverschiedenheiten über Anwendung oder Auslegung des Tarifvertrages die Einigungsinstanzen angerufen werden müssen. Bezüglich einer verlangten Definierung, was Tiefbauarbeit sei, wurde auf die früheren Entscheidungen hingewiesen, wonach dies von Fall zu Fall festzustellen muß.

Die notwendige Ergänzung des vorstehenden Schiedsspruches lieferte eine Streitsache aus Dresden. Es han-

delte sich dort um die Maßregelung eines nichtorganisierten Zimmerers. Um dessen Eintritt in den „freien“ Zimmerverband oder seine Entlassung zu erzwingen, legten zirka 150 bei der betr. Firma Beschäftigte die Arbeit nieder. Zunächst gab es hier eine Auseinandersetzung darüber, wann eine korporative Arbeitsniederlegung vorliege. Von den Vertretern der „freien“ Bauarbeiterverbände wurde die Ansicht vertreten, wenn ein Verabredungsbeschluß nicht nachzuweisen und ein allmähliches Niederlegen der Arbeit stattfinde, von einer korporativen Arbeitsniederlegung nicht die Rede sein könne. Bei dem heute sehr weit entwickelten Solidaritätsgefühl unter den Arbeitern ergebe es sich mitunter von selbst, daß beim Abgang von einigen Arbeitern aus irgendwelchen Ursachen die übrigen einfach mitgingen. Damit habe die Organisation nichts zu tun und könne dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Man müsse sich in die psychologischen Momente über die Solidarität, die die Arbeiter bewege, hineinsetzen können. Das kommt letzten Endes darauf hinaus, daß nicht das Recht, sondern das jeweilige Gefühl entscheidend wäre für eine Arbeitsniederlegung. So einfach liegt die Sache nicht. Es gibt auch eine stillschweigende Vereinbarung, die ohne direkte Verabredung ein bestimmtes Ziel verfolgt, sowohl auf Arbeitgeber-, wie auf Arbeitnehmerseite. In der Regel ist jedoch eine solche Uebereinstimmung äußerlich erkennbar, auch die Ziele, die damit erreicht werden sollen. Ein formeller Beschluß oder eine gemeinschaftliche Niederlegung der Arbeit ist daher nicht entscheidend zur Feststellung des Tatbestandes, dieser hat vielmehr aus allen Umständen und Merkmalen heraus zu erfolgen. Das geht auch aus der Begründung des Schiedsspruches zu Paragraph 10 des Vertrages hervor. Das Zentralschiedsgericht entschied, daß ein korporatives Niederlegen oder ein Ausstellen der Arbeit im Zweifel gegen den Vertrag verstößt und darum unzulässig ist. Ein Vertreter vom „freien“ Bauarbeiterverband hob hervor, daß es nicht kritisch ist, daß wegen anders oder nichtorganisierten die Arbeit nicht eingestellt werden darf. Es besteht also nunmehr kein Zweifel darüber, daß eine Arbeitseinstellung nicht erfolgen darf, ehe die Schiedsinstanzen angerufen worden sind und rechtmäßig entschieden haben.

Einige Fragen betrafen die Schlichtungsinstanzen selbst bzw. die Handhabung des Verfahrens. In Lezte weigerte sich der Vorsitzende der Schlichtungskommission, der ein Arbeitgeber ist, eine von den Arbeitern beantragte Sitzung einzuberufen. Auch die zweite Instanz lehnte dies ab. Das Zentralschiedsgericht entschied, daß, wenn eine Partei behauptet, es liege ein Vertragsverstoß vor, die Schiedsinstanzen darüber verhandeln müssen. Eine weitere prinzipielle Entscheidung betraf den Fall, wenn eine Partei der Entscheidung der Schlichtungskommission nicht nachkommt und auch keine Berufung an die zweite Instanz einlegt: Sofern die Entscheidung erster Instanz gefällt ist, steht den Parteien das Recht zu, die zweite Instanz anzurufen, sofern sich der eine Teil der Entscheidung nicht fügt. Können Mitglieder der Schlichtungsinstanz wegen ungebührlichen Betragens von dieser ausgeschlossen werden? In Dresden sind Differenzen zwischen dem Gewerbetrichter Dr. Stübing, als Vorsitzenden der zweiten Instanz, und dem Gauleiter vom „freien“ Zimmerverband, Kösch, entstanden. Letzterer soll erstere beleidigt haben. Das Zentralschiedsgericht besaßte sich mit dem Fall an sich nicht, entschied jedoch allgemein, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung Sache der Sitzungspolizei ist und den einzelnen Instanzen überlassen bleiben muß. Bei wiederholten Verstößen, insbesondere bei wiederholten, von der Instanz festgestellten Beleidigungen, kann dem betreffenden für die Dauer der Sitzung das Wort entzogen werden. Sitzungspolizei sind die jeweiligen Teilnehmer der betr. Instanz, die durch Stimmmehrheit entscheiden.

## „Das Wort hat nun die Staatsanwaltschaft“.

Diese Forderung erhebt der „Grundstein“ in seiner Nr. 45. Gegen wen und warum? Nun, gegen unseren Kollegen Krupka in Kreuzburg i. Schl. Und sein Verbrechen? Er soll einen an den Gauleiter des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes Koesler in Breslau gerichteten, aber als unbestellbar zurückgekommenen Brief „gestohlen“, richtig gesagt, unterschlagen haben. Was ist nun damit?

Ehe wir darauf eingehen, einiges über die übrigen in dem Artikel gegen uns erhobenen Vorwürfe. Der Artikelverfasser beklagt sich darüber, daß wir in Dels ein Flugblatt mit einer Gegenüberstellung der Unterstützungsrichtungen verbreiteten. Haben wir damit etwas Unlautes getan? Das weiß man uns gefälligst nach. Es sieht bald so aus, als wenn uns die „Genossen“ das Recht streitig machen wollten, unsere Mitglieder in dieser Beziehung aufzuklären. Wie aber stimmt es damit, wenn es im „Grundstein“ heißt:

„Um nun den Nachwirkungen des Schreibstücker entgegenzutreten, tagte am 3. August cr. in einem Dorfe bei Dels eine Versammlung, wozu Pfeiffer schriftlich geladen wurde,

jedoch nicht erschien, obwohl er an diesem Tage in Dels Flugblätter verteilt hat.“

Die Dinge liegen nun doch wohl anders, Herr „Genosse“! Pfeiffer war nicht am 3., sondern am 2. August in Dels wegen Differenzen beim Bauunternehmer Polaczek. Bei dieser Gelegenheit fand er am Schulneubau eine Bekanntmachung zur Versammlung, die er im Einverständnis mit den anwesenden Kollegen mitnahm. Als er von der Reise nach Hause kam, war auch eine briefliche Einladung vom „Genossen“ Volkmann eingelaufen. Ich teilte nun sofort brieflich mit, daß es mir unmöglich sei, an dieser Versammlung teilzunehmen, da ich für diesen Tag schon längere Zeit vorher vergeben wäre. Ich würde aber, wenn möglich, einen Kollegen hinschicken, um zu hören, was der christliche Verband in Dels verbrochen habe. Dies ist geschehen.

Das schauerliche Zeug, was „Genosse“ Volkmann über „Zentrumsparkei“, „Kölnische Volkszeitung“, „Bischof Ketteler“, „Lassalle“ usw. seinen Zuhörern aufband, haben wir ziemlich wörtlich. Ein wirklich schauerliches Gemühe, und für das Papier zu schade.

Es tagte nun am 9. August unsererseits eine Versammlung, zu der Volkmann eingeladen wurde und auch erschien. Nur schreibt allerdings Volkmann, daß die Christen in die Enge getrieben wurden; das Gegenteil dürfte besser zutreffen. Wer lassen wir den „Genossen“ bei seiner stolzen Ueberhebung, denn die Dels'er Kollegen wissen wohl besser, was der christliche Verband in Dels getan hat. Durch unser Eingreifen und speziell jenseits unserer Bezirksleitung war es möglich, den Stundenlohn von Dels von 32–34 Pf. bis auf 47 Pf. im Jahre 1912 zu erhöhen, ohne daß die „Genossen“ auch nur einen Strich bei der ganzen Bewegung gemacht hätten. Alle Verhandlungen und Unterredungen sind ohne sie gemacht worden, bis zum letzten Vertragsabschluss, wo sie durch unser Einschreiten mit eingeladen wurden. Selbst bei der Lohnbewegung haben sich die drei bis vier Kollegen, die an der Lohnbewegung beteiligt waren, mit unseren Kollegen in unserer Lokal zur Kontrolle gemeldet. Scharfe Gegenfälle haben in Dels gar nicht bestanden, diese sind erst durch die sozialdemokratische Organisation später zwischen die Bauarbeiter getragen worden. Wenn nun unsere Kollegen unglücklicherweise sich einen Vorsitzenden wählten, auf den wir wirklich nicht stolz sein konnten, und der sich mehr und mehr als Sozialdemokrat entpuppte, ja, der sogar so weit ging und sagte, er wäre nur deshalb dem christlichen Verbands beigetreten, um auch einmal einige Mitglieder für die Sozialdemokratie zu gewinnen, die er dann mit herübernehmen wollte, so gönnen wir diesen dem „freien“ Bauarbeiterverband; stolz auf diese leitende Person dürfen die „Genossen“ allerdings auch nicht sein. Aber wenn man sich hier für Dels so ins Zeug legen will, so verstehen wir das, denn die schlechtesten Früchte sind es nicht, an denen die Wespen nagen.

Nun zu der Briefangelegenheit. Nach Abschluß der Lohnbewegung in Pilschen fertigte Kollege Krupka 7 Tarifverträge an, um die Arbeitgeber und die Lohnkommission, sowie den Vorsitzenden des „freien“ Bauarbeiterverbandes Wollny unterzeichnen zu lassen. Er fuhr zu diesem Zweck nach Janisina, wo unsere Kollegen und auch Wollny arbeiteten. Nachdem diese den Vertrag durchgesehen, und er wieder nach Hause gefahren, vermißte er ein Vertragsexemplar. Er schloß sofort Verdacht, Wollny habe ihm dasselbe entwendet. Dieser, zur Rede gestellt, gab dieses zu; er habe dasselbe nach Breslau an Gauleiter Koesler zur Ansicht geschickt. Als Krupka nach 8–10 Tagen nach seiner Wohnung zurückkam, öffnete er ahnungslos und ohne weiter die Adressen nachzuschauen, die eingelaufene Korrespondenz. Und da findet er plötzlich das ihm von Wollny entwendete Vertragsexemplar mit folgendem Begleitschreiben:

„Herrn Heinrich Koesler, Breslau.“

Wetter Kollege! Ich habe bei guter Gelegenheit dem Krupka einen Vertrag entwichen. (D. h. gestohlen. D. Red.) Ich möchte daher bitten, mir diesen Vertrag in 10 Formularen anzustellen und mich denselben, den ich an Dich schicke, alles dann zurücksenden. Besten Gruß!

H. Wollny.

Als dann Krupka die Adresse nachsah, entdeckte er, daß es sich um einen unbestellbaren Brief handelte. Er trug auf der vorderen Seite die Aufschrift: „An den Bauarbeiterverband Breslau“, und an der Rückseite „Zweigverein Kreuzburg“. Der Brief kam von Breslau als unbestellbar zurück nach Kreuzburg. Derselbst ist der sozialdemokratische Verband nicht vertreten, und da auch unsere Mitglieder des öfteren adressieren „An den Bauarbeiterverband zu Kreuzburg“, wurde der Brief von der Post ohne weiteres in den Briefkasten mit den übrigen Briefschaften hineingeworfen. Wie soll er sonst anders dahin gelangt sein?

Auf die vom „Genossen“ Volkmann an die Postdirektion gerichtete Anfrage hat diese geantwortet:

Kaiserliche Oberpostdirektion.

Breslau, den 11. November 1911.

Zu den von Herrn Julius Volkmann vollzogenen Eingaben vom 29. August und 26. September.

Der nach Angabe des Maxwies Heinrich Wollny Anfangs Juli von ihm aufgetriebene Brief würde, wenn er mit Ihrer genauen Adresse versehen gewesen wäre, ungewisshaft auch an Sie bestellt worden sein. Da dies nicht geschehen ist, kann nur angenommen werden, daß die Sendung, deren Umschlag nicht vorhanden ist, eine andere, in Breslau nicht ermittelbare Adresse getragen hat. Diese Angabe deckt sich mit der Angabe des Arbeitersekretärs Krupka in Kreuzburg D.-S., wonach die Adresse „An den Bauarbeiterverband in Breslau“ gelaufen hätte sein soll. Sendungen mit dieser Aufschrift würden in Breslau nicht ankommen. Der fragliche Brief ist dann nach Kreuzburg D.-S. geleitet worden, weil auf dem Umschlag als Absender „Bau-



Verwaltungsstelle abgeliefert 12 246,51 M, in Summa 12 691,91 M. Die Einnahmen für die Lokalfälle betragen inkl. Kassenbestand vom zweiten Quartal 7615,73 M, die Ausgaben für dieselbe 775,13 M. Der Kassenbestand beträgt mithin 6840,60 M. Mitgliederzahl 1482. Nachdem die Revisoren über den Befund der Kasse geurteilt, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Jahresbericht wurde in kurzen Zügen vom Kollegen Schmidt gegeben. Neben streift zunächst das Kampfsjahr 1910 und dessen Begleiterscheinungen im Wirtschaftsleben. Die Konjunktur nach der Bewegung war eine gute und hielt an bis zum Jahreschluss. Auf dem Stadtgebiete Essen ausschließlich Neftinghaufen sind im Jahre 1910 773 hauptsächlich für Wohnzwecke bestimmte Neubauten gebrauchsfähig geworden. Im Jahre 1907 bei einer ähnlichen Konjunktur 684, mithin ein Mehr von 89, und machte sich schon bereits am Anfang des Jahres 1911 ein Wohnungsüberschuss bemerkbar. In der Errichtung von Neubauten zu Wohnzwecken waren neben den Privatleuten vornehmlich beteiligt die Firma Krupp, Gewerkschaft Stinner, Langenbrunn und Gottfried Wilhelm. Durch die weiter steigende Bautätigkeit genannter Werke im Jahre 1911 ist die Privatbautätigkeit zurückgedrängt. Ferner sollen nach statistischen Erhebungen 6 Prozent der Wohnungen leer stehen, woraus wohl zu schließen ist, daß, wenn öffentliche Bauten nicht in Angriff genommen werden, die Bautätigkeit etwas nachlassen wird. Der Mietpreis ist trotz stärkeren Angebots nicht zurückgegangen und forderte Redner die Kollegen zum Schluss auf, sich den Bau- und Konsumgenossenschaften anzuschließen. Zu Punkt 3 wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Es sind dies die Kollegen Franz Schmidt als erster und Peter Scheld als zweiter Vorsitzender, Hermann Erdmann und Joseph Kolte als Schriftführer, Ad. Schumacher und Karl Heis als Kassierer. Nachdem unter Punkt 4, „Geschäftliches“ darauf hingewiesen wurde, die Winterbeiträge in dieser Zahlstelle zu entrichten, ferner mit dem Einsammeln der Mitgliedsbücher zwecks Ausstellung neuer Bücher begonnen wurde, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen der Zahlstelle geschlossen.

**Hamburg.** (Protest-Versammlung.) Die Verleumdungen von Seiten des Beamten Hartwig vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband und des Beamten Lehmann vom sozialdemokratischen Zimmererverband gegenüber dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter, Verwaltungsstelle Hamburg, lautete die Tagesordnung in der von unserer Verwaltungsstelle am 3. Dezember nach dem Lokale von Bormühle einberufenen öffentlichen Versammlung. Die günstige Entwicklung des christlichen Bauarbeiterverbandes in Hamburg läßt die erwähnten sozialdemokratischen Beamten nicht zur Ruhe kommen, sie können es — nach ihrer eigenen Aussage — nicht begreifen, daß auf dem historischen Boden der sozialistischen Arbeiterbewegung die christlichen Gewerkschaften ihre Fahne mit Erfolg entrollen. Und die christlichen Bauarbeiter in Hamburg unmöglich zu machen, schienen sich die „Genossen“ Hartwig und Lehmann nicht, in den Versammlungen der sozialdemokratischen Bauarbeiter Verleumdungen und Verdächtigungen schlimmster Art gegen den christlichen Bauarbeiterverband und dessen Mitglieder auszusprechen. Was Wunder, wenn dann die sozialdemokratischen Bauarbeiter, besonders die Zimmerer, in der krassesten Form Terrorismus gegen unsere Kollegen üben. Wiederholt wurde der Vorsitzende unserer Verwaltungsstelle Kollege Diederich auf den Bureaus der sozialdemokratischen Verbände vorstellig und ersuchte die Beamten Hartwig und Lehmann, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen, was aber nicht geschah, vielmehr hielt es Lehmann für angebracht, Diederich in ungeschicktester Form aus dem Bureau zu weisen. Nachdem alle günstigen Versuche unternommen, die roten Terroristen zur Vernunft zu bringen, erfolglos verblieben, und letztere weiterhin versuchten, unsere Kollegen brotlos zu machen, wurden kurzerhand einige solcher Terroristen-Gelben dem Staatsanwalt überliefert. Ebenso erschien es angebracht, gegen die Treibereien der Beamten Hartwig und Lehmann entschiedenen Protest einzulegen, was der Zweck der obigen Versammlung war. Der Referent, Kollege Zumbröck, ging in ruhiger, sachlicher Weise an der Hand eines reichhaltigen einwandfreien Materials auf die von Hartwig und Lehmann geäußerten Verdächtigungen ein und wies schlagend deren Haltlosigkeit nach. Besonders wandte sich Redner gegen die Behauptung Hartwigs, unsere Kollegen hätten 1909 bei der Betonarbeiterbewegung am Dieberraus Streikbruch verübt, dies könne vielmehr von den sozialdemokratischen Zimmerern gesagt werden, welche durch die Herstellung von Einschaltungsarbeiten Betonarbeit ermöglicht hätten. Dahnungen seien die christlich organisierten Maurer nur mit Pagarbeiter, die sie auf Grund eines abgeschlossenen Affordvertrages fertigzustellen verpflichtet gewesen seien, beschäftigt gewesen, auch hätten diese Arbeiter in keinerlei Zusammenhang mit den Betonarbeiten gestanden. Redner verurteilte das einseitige Vorgehen der sozialdemokratischen Verbände bei Lohnbewegungen und forderte hier die Zuziehung unseres Verbandes zu allen Vorbereitungen und Mitwirkung bei Tarifabschlüssen. (Lebhafte Beifälle.)

In der folgenden Diskussion bestritt Hartwig zunächst, daß der von ihm vertretene Verband sozialdemokratisch sei (ein sonderbarer Kauf), in seinen weiteren, zum Teil recht provozierenden Ausführungen, welche heftige Entrüstungsrufe bei unseren zahlreich anwesenden Kollegen hervorriefen, gelang es ihm nicht, auch nur einen Schatten des Beweises für seine aufgestellten Behauptungen zu bringen. Seitens des Gewerkschaftssekretärs Hartmann und des Kollegen Diederich wurde den „Genossen“ in zahlreichen Fällen Ueberstundenarbeit und Affordpreisbrüdererit nachgewiesen. Ob „Genosse“ Hartwig diesen Jammergefällen von Preisbrüderern das Handwerk legen wird? Warten wir es einmal ab! — Großes Gelächter riefen die zwei Minuten währenden sinnlosen Ausführungen des sozialdemokratischen Beamten Lehmann hervor. In seinem mit großem Beifall aufgenommenen Schlusswort betonte Kollege Zumbröck, daß trotz aller Verleumdung und Beschimpfung der christliche Bauarbeiterverband sich auch in Hamburg weiterentwickeln und Anerkennung verschaffen werde. Mit dieser, für die christlichen Bauarbeiter erfolgreichen Versammlung dürfte den übermühten „Genossen“ zum Bewußtsein gekommen sein, daß mit Terrorismus eine Geistesbewegung, wie es die christlich-nationale Gewerkschaftsbewegung ist, nicht an die Wand gedrückt werden kann. — Wie nicht anders zu erwarten, ist in Nr. 285 des „Hamburger Echo“ ein wahrheitswidriger Bericht über diese Versammlung enthalten, es wäre auch zu blamabel für die „Genossen“, wenn das „Echo“ Farbe bekennen würde, daß „Echo“-Geschreibsel läßt die christlichen Gewerkschaftler Hamburgs kalt. Die christlichen Gewerkschaften marschieren — auch in roten Hamburg.

**Mechelen (Holland).** Am Sonntag, den 26. November, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Zunächst sprach Kollege Himmerich-Aachen über die Schäden der Staffellöhne, und was ist zu tun, um den Einheitslohn einzuführen. Redner wies nach, daß die Staffellöhne nicht allein die Bauarbeiter, sondern das ganze Gewerbe schädigen. Tatsache sei, daß einige Arbeitgeber die Staffellöhne so handhaben, wie es bei Abschluss des Vertrages gesagt und auch gedacht war, daher im allgemeinen die höchste Staffel zahlen, dagegen die andern Herren bei Einreichen von Offerten mit den zwei niedrigsten Staffeln kalkulieren und so eine gewisse Konkurrenz herbeiführen. Um den Einheitslohn einzuführen, sei der einzig richtige Weg die Selbsthilfe, das heißt: der Berufsorganisation beitreten. Durch unsere Organisation seien im Aachener Lohngebiet seit 1906 ganz gewaltige Vorteile für

die Bauarbeiter erreicht worden. Ein großer Teil derselben habe dieses nicht zu würdigen gewußt, und im Jahre 1910, als auch einmal an ihre Opferwilligkeit und ihr Solidaritätsgefühl appelliert wurde, kehrten sie der Organisation den Rücken. Gerade diese sind es auch, welche am meisten unter den Staffellohnen zu leiden haben. Sagte doch einer der Herren Arbeitgeber in einer Schlichtungskommissionssitzung, wir zahlen den Unorganisierten was wir wollen. Auch das Einigungsamt befaßte sich am 16. November mit dem von uns eingebrachten Antrag, es möge dahin entscheiden, daß ein gewisser Prozentsatz die höchste Staffel erhalte. Er wurde abgelehnt mit der Begründung, während der Vertragszeit sei nichts an den Staffellohnen zu ändern, die Arbeitgeber genügen dem Vertrag, wenn sie die niedrigste Staffel zahlen. Gewiß sei das Aachener Lohnsystem ein unglücklicher Zustand. Die Arbeiterbesitzer erklärten, sie würden bei der nächsten Tarifverneuerung für den Einheitslohn im Aachener Lohngebiet eintreten, wogegen sich die Vertreter der Aachener Arbeitgeber ganz entschieden wehrten, mit der Begründung, daß die für Aachen in Frage kommenden Bauarbeiter zu 90 Prozent Holländer wären, und diese vielfach keine erstklassigen Kräfte seien, wie man sie in Industriebezirken hätte. Das Gegenteil trifft zu. Warum verlangen denn an vielen Orten Unternehmer holländische Maurer, doch nicht, weil es minderwertige Kräfte sind. An unser Sekretariat sei im Laufe des Sommers mehrere Male die Aufforderung ergangen, ganze Kolonnen Holländer Maurer nach größeren Industrieorten zu schicken. Selbst Aachener Arbeitgeber beschäftigen mit Vorliebe Holländer. Deshalb wäre es endlich an der Zeit, daß die Holländer Kollegen die Vorwürfe durch die Arbeitgeber, als seien sie minderwertige Kräfte, durch Eintritt in die Organisation quittieren. Dann wird es auch möglich sein, in Aachen den Einheitslohn einzuführen. In der Diskussion versprachen die Kollegen, alles daranzusetzen, um die zurückgetretenen Kollegen wieder zu gewinnen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: als 1. Vorsitzender Joh. Kohl, 2. Joh. Lucas, 1. Kassierer Wilh. Wenders, 2. Wilh. Schwanen; 1. Schriftführer Wilh. Kohl, 2. Simon Lemmens; Revis. Hubert Schmetz, Hubert Plüem. Hauskassierer Gottfried Lennertz, Alfons Kürsters und Hubert Fliegen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die christl. Gewerkschaftsbewegung.

**Münster. (Feuerung und Selbsthilfe.)** Das hiesige christliche Gewerkschaftsamt beschloß Mitte Oktober, angesichts der hohen Fleischpreise, die in einem Bekleidungsstücke zu den Preisen standen, welche die Bauern für ihre zu verkaufende Ware bekommen, zur Selbsthilfe zu schreiten und gemeinsam mit den Arbeitervereinen den Fleischverkauf selbst in die Hand zu nehmen. Diesem Beschlusse folgte die Tat sofort, indem im Arbeiterhaufe jede Woche 4—5 Schweine ausgehauen und das Pfund Fleisch zu 60 und 65 Pf. abgegeben wird, während sonst die Preise auf 80—100 Pf. sich belaufen. Diese Maßnahme fand den allgemeinen Beifall der Mitglieder, die genau die Gelegenheit wahrnahmen, ein Stück Fleisch zu einem erdvergünstigten Preise zu kaufen. Die Folge dieser Maßnahme ist, daß jetzt Dienstags und Freitags an acht bis zehn Stellen der Stadt von Privaten ebenfalls Schweine ausgehauen werden, und zwar zu demselben Preise, den wir angelegt haben. Der Landwirtschaftliche Kreisverein Amelsbüren-Diltrup folgte gleichfalls diesem Beispiele, um ebenfalls den Preissteigerungen des Viehhandels entgegenzuarbeiten. Und auf dem letzten Wochenmarkt konnte man auch da schon feststellen, daß Metzger das Pfund Schweinefleisch zu 65 Pf., Kotelett zu 75 Pf. veräußerten, während letzteres sonst mit 90 und 95 Pf. bezahlt werden mußte. So ist unstrittig durch diese Maßnahme eine für die arbeitende Bevölkerung günstige Wirkung erzielt worden. Auch werden die Metzger wohl oder übel mit ihren Ladenpreisen folgen müssen, da die Konkurrenz sie dazu zwingen wird. Jeder, dem das Wohl der Arbeiter am Herzen liegt, müßte eine solche Maßnahme freudig begrüßen. Nicht so die „patentierten Arbeiterfreunde“ (richtiger Arbeiterfeinde D. V.) von Münster, die sozialdemokratischen Arbeiterführer in trauten Beise mit der roten Arbeiterzeitung Dortmund. Sie nennt dieses Vorgehen des christlichen Kartells „Wasschlappenpolitik“. Schimpfen tun die „Genossen“ wie ein Klopypap darüber, daß der Kollege Holle im Auftrage der christlichen Arbeiter in der Stadtvorordnetenversammlung vom 11. Oktober wegen der Feuerung interpellierte, ohne sich dazu die Genehmigung der Münsterischen roten Pimper-Wichtig eingeholt zu haben, sie hatten nämlich einen Tag vor der Sitzung durch Ein- und Einschreibebrief auch eine Interpellation eingereicht. Statt die praktische Arbeit der christlichen Arbeiter anzuerkennen, stellen sie sich als den billigen Jakob auf den Markt und rufen in der Arbeiterzeitung, wir waren die ersten, welche interpellierten, und da haben die „Christen“ es aus Angst auch getan. (Wer laßt da?) Diese an Größenvorn grenzende Ansicht haben sie schon oft vertreten, sie wirkt besonders humoristisch und entlockt unseren Kollegen ein mitleidiges Lächeln, wenn man bedenkt, daß diese armen gequälten Geister in einer großen Versammlung des Kartells in diesem Frühjahr selbst ihre Unfähigkeit eingesehen mußten, mit christlichen Arbeitervertretern über das sozialdemokratische Programm zu diskutieren, trotzdem sie — auf der Parteischule gewesen waren. Ob diese Kartellreiter nicht bald selbst einsehen, welche lächerliche Rolle sie in vorstehender Frage gespielt haben? Die christlichen Arbeiter halten es mit der praktischen Arbeit, weil sie ihnen Vorteile bringt, sie überlassen es den roten Wortathleten neidlos, ihre Anhänger mit Pfaffen zu füttern.

**M. -V. -V. -V.** Am Samstag, den 25. November, hielt unsere Zahlstelle ihre Jahresgeneralversammlung im Lokale Höhle ab. Einen mäßigen Besuch zeigte dieselbe trotz der Einladungen. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß unsere Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahre um 41 gestiegen ist. Die Einnahme ergab ein Mehr von 935,45 M. der Mehrverkauf der Beitragsmarken betrug 1330. Auf dem Verkauf des Mitglieds wurden 4 Beitragsmarken mehr entrichtet. Im Vorjahre setzte sich unsere Zahlstelle zu vier Fünfteln aus Bauern zusammen, während wir in diesem Jahre bis zur Hälfte aus Arbeiter zählen. Der gelehrte Beruf hat dem unglücklichen die größte Beachtung entgegengebracht. Dieses kann man nicht überall beobachten. Der Versammlungsbesuch war im letzten Sommer ein sehr reger, ein wahres Interesse und Zusammenarbeiten war in der ganzen Zahlstelle vorhanden. Erst in letzter Zeit ist der Besuch etwas zurückgegangen, offensichtlich sind es nicht die Anzeichen des Wintergeschlages. Der bestehende Tarifvertrag wurde ohne Ausnahme von unseren Kollegen eingehalten, was man von den Arbeitgebern nicht immer behaupten kann. Besonders die Firma K. u. G. glaubte es mit ihrem väterlichen Gewissen nicht vereinbaren zu können, den von ihr beschäftigten Indifferenzen die Einhaltung der vertraglichen Arbeitszeit anzuschließen. Nachdem die örtliche und Bezirksleitung des Arbeitgeberbundes vor dem unkorrekten Verhalten der Firma benachrichtigt waren, konnte für kurze Zeit der Vertrag eingehalten werden, unsere Kollegen waren in der Zwischenzeit auch nicht untätig geblieben. Das Solidaritätsgefühl der Kollegen zwang auch die übrigen Firmen, den Vertrag einzuhalten. Das Verhältnis zu unseren Freunden der linken Seite war ein leidliches, bei einigen unbedeutenden Reibungen wurde denselben gebührend auf die Finger geklopft. Der Bauarbeiterschutz hat trotz der Anstellung von Baukontrolloren keine wesentlichen Verbesserungen erfahren. Wenn man auch für den eigentlichen Schutz mehr Interesse zeigt, was anerkannt werden muß, so schenkt man den sanitären Verhältnissen gar keine Beachtung. Aufgabe aller Kollegen wird es sein, die Selbsthilfe mehr denn je zu gebrauchen. Die Affordarbeit hatte sich im Laufe des

Jahres ebenfalls Bahn gebrochen, doch sind die gemachten Erfahrungen nicht die günstigsten. Die Kollegen arbeiten daher lieber im Stundenlohn, anstatt diesem Selbstmordsystem zu huldigen. Das Waudelegiertensystem war wohl besser als im Vorjahre, aber die Unsiherheit und Ungleichheit ist immer noch nicht gebrochen, ebenso fehlt es noch vielfach an dem Solidaritätsgefühl der Kollegen. Ein noch schärferes Hand-in-Gandarbeiten zwischen Waudelegierten und den übrigen Kollegen gegenüber den Indifferenzen muß in Zukunft Platz greifen. Für die gewerkschaftliche Schulung und Bildung zeigt nur ein kleiner Teil Kollegen das nötige Verständnis. Der Grundsatz „Wissen ist Macht“ bedeutet für viele eine leere Phrase. Dumm sein, ist nicht schlimm, aber dumm bleiben. Hier muß ständig der Nebel angefeht werden. Das Bewußtsein des Wissens läßt den einzelnen Kollegen allen, auch den Angehörigen anderer Stände gegenüber, viel freier und sicherer auftreten, immer mehr berückt sich die Bejahenheit. Wenn auch noch vieles in der Zahlstelle verbesserungsbedürftig ist, so können wir doch mit der Entwicklung im Jahre 1911 zufrieden sein. Der seitherige Vorstand wurde wiedergewählt, alle Kollegen nahmen ihren Posten wieder an. Allseitige Einmütigkeit herrschte darüber, daß man im nächsten Jahre einen ebenjohlichen Erfolg durch unermüdete Agitation erringen müßte. Nach einem kleinen Vortrag des Lokalsekretärs über „Die Wirkungen der Reichstagswahlen auf die Gewerkschaften“ fand die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende. Jeder Kollege tue nun im kommenden Jahre seine Pflicht und der Erfolg ist uns sicher.

**Oberhausen.** Am Samstag, den 25. November, fand in unserm Verbandlokale die diesjährige Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle Oberhausen statt. Bei der Eröffnung beriefen wir den ersten Vorsitzenden Kollege Mit. Höber auf die Bedeutung einer Generalversammlung hin. In ihr soll die Tätigkeit des verflochtenen Jahres in der Zahlstelle einer würdigen Kritik unterzogen werden. Wo sich Mängel zeigen, sollen diese beseitigt und neue Bahnen für die weitere Entwicklung der Organisation festgelegt werden. Nicht allein der Vorstand soll Rechenschaft geben über seine Tätigkeit, sondern jeder Kollege solle sich die Frage vorlegen, ob er in diesem Jahre seine volle Schuldigkeit der Organisation gegenüber getan habe. In übersichtlicher Weise gab Kollege Zeßstädt den Jahresbericht. Derselbe ist zu entnehmen: abgehalten wurden 21 Mitglieder-versammlungen, Vorstandssitzungen 8, Waudelegierten- und Vertrauensmännerversammlungen 8. Verkauft wurden 209 Eintrittsmarken, 6697 Beitragsmarken und 1389 Agitationsmarken. Die Gesamteinnahme betrug 5317,20 M., davon für die Hauptkasse 3697,83 M., für die Verwaltungsstelle 1619,37 M. Neu aufgenommen wurden 209, vom sozialdemokratischen Bauarbeiterverband zu uns übergetreten sind 25 Kollegen. Die Fluktuation unter den Mitgliedern war eine sehr starke, trotzdem ist die Mitgliederzahl eine günstigere gegenüber den Vorjahren und bewegte sich ständig über 200 bis 240. Es hätte jedoch noch mehr herausgeholt werden können, wenn an diesen Baustellen die Kollegen die Agitation besser betrieben hätten. Es kommt noch vielfach vor, daß die Kollegen mit Unorganisierten zusammenarbeiten, ohne diese zu veranlassen, der Organisation beizutreten. Auch sind an vielen Baustellen keine Waudelegierten. Auch dieser Mangel muß beseitigt werden. Die Arbeitsgelegenheit kann nicht als günstig bezeichnet werden, und haben sich die Hoffnungen von diesem Frühjahr durchweg nicht erfüllt. Einige geplante größere Bauten sind nicht in Angriff genommen worden, werden jedoch im nächsten Jahre zur Ausführung kommen. In der folgenden Diskussion wurde die hohe Zahl der Arbeitslosen (1,7 pro Mitglied) gerügt und auf die strikte Durchführung des diesbezüglichen Beschlusses der Generalversammlung in Münster hingewiesen. Die tariflichen Bestimmungen wurden von den meisten Unternehmern eingehalten, nur sind es einige bekannte Firmen, die sich nicht dazu verstehen können, den Tariflohn zu zahlen. Verschiedentlich mußten diese durch Urteile des Gewerbegerichts an ihre Pflichten erinnert werden, da die Organisation ihren Einfluß dort nicht geltend machen kann. Leider sind die bei diesen Firmen beschäftigten Arbeiter von der Notwendigkeit der Organisation nicht zu überzeugen auch gehören die Firmen nicht dem Arbeitgeberbunde an. In den Vorstand wurden neu bzw. wiedergewählt: als erster Vorsitzender Kollege Mit. Höber (Maurer), als zweiter Vorsitzender Kollege Heinrich Röttger (Fliesenleger), als erster Kassierer Kollege Otto Müller (Maurer), als zweiter Kassierer Kollege Adam Zeßstädt; als erster Schriftführer Kollege Georg Peter, als zweiter Schriftführer Kollege Franz Kremer; als Beisitzer die Kollegen Johann Dünners (Strukturar), Friedrich Häber (Hilfsarbeiter) und Peter Berch (Maurer); als Revisoren die Kollegen Johann Höber und Jos. Bromm; als Delegierte zur Verwaltungsstelle die Kollegen Mit. Höber, Heinrich Röttger und Otto Müller; zu Kartelldelegierten die Kollegen Heinrich Hellweg, Johann Höber, Jos. Bromm, Peter Berch, Johann Dünners und Peter Hähn. Zur Durchführung einer systematischen Hausagitation wurde eine Kommission bestimmt, bestehend aus den Kollegen Berch, Jos. Höber, Bromm, Dünners und Rüttermann. Der erste Vorsitzende ernannte nochmals die gewählten Kollegen die ihnen übertragene Mission gewissenhaft durchzuführen und alles das zu tun, was im Interesse der Zahlstelle und des Verbandes liege. Kollege Zeßstädt ernannte die übrigen Kollegen, den Vorstand in seinen Arbeiten zu unterstützen und ihm treu zur Seite zu stehen in der Agitation, im Versammlungsbesuch und vor allem auf der Baustelle, indem sie auf jeder Baustelle stets einen Waudelegierten bestimmen, diesen aber auch in allen Maßnahmen zu unterstützen. Nach einigen geschäftlichen Bemerkungen wurde die gut besuchte Versammlung gegen 11½ Uhr geschlossen.

**Aus unseren christlichen Verbänden.**

**Fortschritte der christlichen Gewerkschaften.** Im Osten Deutschlands, wo im Gegensatz zum industriereichen Westen die Arbeiterbewegung überhaupt langsamer vorwärts schreitet, haben sich die christlichen Gewerkschaften sehr schwer Boden erringen können. In letzter Zeit zeigen sich aber auch hier Fortschritte. Auf einer am 17. November in Breslau abgehaltenen Gewerkschaftskonferenz waren über 10 000 Mitglieder christlicher Berufsverbände aus der Provinz Schlesien und 3000 Mitglieder aus der Provinz Posen vertreten. Im Osten macht sich die Zersplitterung durch die Berliner Facharbeiterbewegung besonders nachteilig bemerkbar, sonst würde die christliche Bewegung schon bedeutend stärker sein.

In Baden haben die christlichen Gewerkschaften in der Zeit vom 1. bis 19. November als Einleitung einer durchgeführten Winteragitation 30 öffentliche Versammlungen abgehalten, die von insgesamt 11 000 Personen besucht waren. Der Verlauf der Veranstaltungen eröffnet gute Aussichten für eine günstige Weiterentwicklung. In der Gesamtbewegung zeigen sich ebenfalls beachtenswerte Fortschritte für das laufende Jahr. Nach den Angaben in der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsblattes (Oktobersheft 1911) schloß der christliche Metallarbeiterverband das dritte Quartal mit einem Mitgliederbestand von 42 438 ab, gegen 33 963 am Jahresanfang, der Zentralverband christlicher Textilarbeiter mit 42 635 gegen 40 320 Anfang 1911, der Zentralverband christlicher Holzarbeiter mit 16 075 gegen 13 407 zu Anfang des laufenden Jahres. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter stieg von 35 000 auf über 41 000 am Schluß des dritten Quartals 1911. Nur heißt es, mit Kräften an die Arbeit.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Zum Kampf gegen den Alkohol. Am 27. und 28. November tagte im Landeshause der Mark Brandenburg die 3. Konferenz für Trinkerfürsorge. Eröffnet wurde dieselbe vom Vorsitzenden des Deutschen Vereins gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Wirtl. Geh. Oberregierungsrat D. Dr. v. Strauß und Bericht über die Trinkerfürsorgebewegung im vergangenen Jahr: Prof. J. G. S. G. Berlin.

Verlag, Köln, Eintrachtstraße 147, (Preis 50 Pf.) erschienen ist. In der Schrift wird ausgeführt, daß der Verband sozialdemokratischen Sinne betätigt und sich heute in seinem Wesen um keinen Schatten mehr von den übrigen sozialdemokratischen Verbänden unterscheidet.

Die Jahrestellen werden ersucht, die für sie in Frage kommenden Ansuchen möglichst zahlreich zu bezeichnen. Etwaige entstehende Legitimation dient das Mitgliedsbuch oder dessen Ausweis.

Achtung! Bauarbeiter des Kreises Biedenkopf. Achtung! Sonntag, den 31. Dezember 1911, nachmittags 1 Uhr, findet im Lokal des Herrn Christian Weisner in Niedereisenhausen eine große Konferenz unserer Mitglieder des Kreises Biedenkopf statt.

Achtung! Verwaltungsstelle Gelsenkirchen. Die heimreisenden Kollegen werden ersucht, vor ihrer Abreise sich erst abzumelden, und zwar bei den Kassieren der einzelnen Jahrestellen.

Achtung! Verwaltungsstelle Gelsenkirchen. Die Tagessordnung wird in der Konferenz bekannt gegeben. Auf diesen Konferenzen soll die Winterarbeit besprochen werden.

Von den Arbeitsstellen.

Dinslaken. Am Neubau des evangelischen Krankenhauses in unser Kollege, der Hilfsarbeiter Georg Müller. Die Schädelkappe wurde ihm gespalten und das Gehirn bloßgelegt durch einen auf seinen Kopf aus beträchtlicher Höhe fallenden Ziegelstein.

An die Kollegen des Eichsfeldes. In der Woche von Weihnachten bis Neujahr sollen auf dem Eichsfelde folgende Konferenzen stattfinden: Sieboldhausen, Mittwoch, den 27. Dezbr., nachmittags 1 1/2 Uhr bei Gastwirt Göbde.

Bekanntmachungen.

An die Winterzahlstellen des Westerwaldes! Donnerstag, den 28. Dezember, findet in Hangenmellingen im Lokal des Gastwirts Wilhelm Eimann, beginnend um 1 Uhr, und Freitag, den 29. Dezember, in Wengerskirchen im Lokal des Gastwirts Hef, ebenfalls um 1 Uhr beginnend, die Konferenz für die Winterzahlstellen des Westerwaldes statt.

- 1. Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der deutschen Wirtschaftspolitik?
2. Generalversammlungsbeschlüsse und deren Durchführung in den Winterzahlstellen.
3. Winteragitation und Geschäftliches.

Mit kollegialem Gruß: Anton Lange-Göln. Damian Schleicher-Frankfurt a. M. Bezirksleiter.

Achtung! Bezirk Frankfurt a. M. Achtung! An die Vertrauensleute des goldenen Grundes, des Westerwaldes, der Kreise Fulda, Hersfeld, Hünfeld, Marburg, Kirchhain und des Großherzogtums Sachsen-Weimar.

Zur Erklärung der Winteragitation und zur Erledigung unserer sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten sind für die Zahl- und Winterzahlstellen der oben genannten Bezirke eine Anzahl Konferenzen vorgegeben. Dieselben finden statt: für die Zahlstellen des goldenen Grundes, der Kreise Limburg und Montabaur am Mittwoch, den 27. Dezember, beginnend um 2 Uhr nachmittags, im katholischen Sejjellenhaus zu Limburg.

- 1. Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der deutschen Wirtschaftspolitik?
2. Generalversammlungsbeschlüsse und deren Durchführung in den Winterzahlstellen.
3. Winteragitation und Geschäftliches.

Mit kollegialem Gruß! Der Bezirksvorstand. J. A.: S. Zumbrod.

Achtung! Verwaltungsstelle Karlruhe. Den Kollegen zur Kenntnis, daß wir in Karlruhe im Restaurant „Zur Goethehalle“ (Goethestr. Nr. 4) eine Meldestelle errichtet haben. Jeden Montag, Mittwoch und Samstag, eine Stunde nach Feierabend (im Winter von 5-6 Uhr, im Sommer von 6-7 Uhr), wird der dort anwesende Kollege die Büchse der Mitglieder entgegennehmen.

Achtung! Giesel bei Jnsda. Alle zureisenden Kollegen werden ersucht, sich sofort mit dem Mitgliedsbuch oder dem Ausweis bei unserem Kassierer Lorenz gestellt werden kann.

Achtung! Jatzke! Die Hilfskassierer der Zahlstelle Jatzke werden ersucht, auf schnellstem Wege mit dem Kassierer abzurechnen und die Mitgliedsbücher einzuziehen.

Herbeiruf. Am 10. November starb unser Mitglied Josef Weigel am Typhus. Am 29. November starb unser Mitglied Oskar Steinmetz im Alter von 37 Jahren infolge eines Unfalles. Am 2. Dezember starb unser treuer Kollege Karl Trämper im Alter von 37 Jahren infolge Sippensell-entzündung.

Achtung Strelno! Am 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, findet im Verbandslokale unsere diesjährige Generalversammlung statt. Als Referent erscheint ein Kollege aus Posen. Die Kollegen sollen zahlreich und pünktlich erscheinen. Der Vorstand. Bez. W. Laczny.

Soziale Wahlen.

Donn. Bei der am 22. November geäußerten Krankenkassenwahl für Bonn-Bezirk (Ruppelsdorf) legten die christlichen Gewerkschaften mit 106 Stimmen Mehrheit. An der Wahl beteiligten sich 603 Personen. Davon erhielten die christlichen Gewerkschaften 551, die Sozialdemokraten 245 Stimmen, die übrigen waren unglücklich. Die Christlichen gewannen gegen das Vorjahr 78, die Sozialdemokraten 68 Stimmen.

Gerichtliches.

Kempen, 30. November. Der Agitator des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes Adam Schläfers-Gülz wurde gestern vom Schöffengericht wegen dreifacher Verleumdung unserer Kollegen Hermann Schwarz-Kreisch zu 130 M. Geldstrafe oder 26 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte war in einer öffentlichen Versammlung in Hülz am 17. September dieses Jahres nach einem Vortrag dem Privatkläger Schläfers-Gülz gegenüber behauptet, der Privatkläger habe vor drei Jahren bei dem Erbscheide-Instanzverfahren „Brotbrecher-Agent“ gespielt, zum Schluß forderte er den Privatkläger auf, Klage anzubringen, er würde am Gericht den Beweis dafür erbringen. Derselbe Behauptung hatte der Angeklagte in einer Versammlung der Gewerkschaft am 2. Juni und am 3. Juli vorüber, der Angeklagte nicht einmal. Er will die beleidigenden Äußerungen in Nachsicht lassen, wenn der Angeklagte die Kosten des Privatklagers am 3. Juli mit 20 M. Geldstrafe oder 4 Tagen Gefängnis, wegen der am 9. Juli mit 20 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis, wegen der am 17. September dieses Jahres verurteilt werden im „Brandwein“ und in der „Häufigkeit“.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: Jos. Beder. Druck: Vaterländische Verlags- und Anstaltsgesellschaft, sämtlich in Berlin.